

# Lichtenstein-Gallberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Hohndorf, Ködlich, Bernsdorf, Nisdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau, Reudersfel, Ortmanndorf, Müllen St. Kirlos, St. Jacob, St. Micheln, Stangendorf, Thurm, Niedermüllen, Kuhshappel und Zirschheim

Amtsblatt für das Agl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im Königlichen Amtsgerichtsbezirk

61. Jahrgang.

Nr. 279.

Verbreitete Zeitung  
im Amtsgerichtsbezirk

Freitag, den 1. Dezember

Haupt-Infektionsorgan  
im Amtsgerichtsbezirk

1911

Dieses Blatt erscheint täglich außer Sonn- und Festtags nachmittags für den folgenden Tag. — Vierteljährlicher Bezugspreis 1 Mk. 50 Pfg., durch die Post bezogen 1 Mk. 75 Pfg. Einzelne Nummern 10 Pfg. Bestellungen nehmen außer der Expedition in Kitzschke, Buchhändler Str. Nr. 5b, alle Kaiserlichen Postämter, Postboten, sowie die Anstrenger entgegen. Zusätze werden die fünfzehntägigen Grundpreise mit 10, für auswärtige Inserenten mit 15 Pfg. berechnet. Kleinanzeigen 30 Pfg. Im amtlichen Teile kostet die zweispaltige Zeile 30 Pfg. Fernsprechanzeige Nr. 7. Inseraten-Anweisung täglich bis 10 Uhr vormittags 10 Uhr. Telegramm-Adresse: Tageblatt.

## Bekanntmachung.

Frau Thekla verehlt. Friedel hier beabsichtigt auf Flurstück Nr. 284 des Flurbuchs für Lichtenstein (Innere Gartensteiner Straße Nr. 3) eine Kleinvieh-schlächtereie zu errichten.

Wir bringen dies mit der Aufforderung zur öffentlichen Kenntnis, etwaige Einwendungen gegen diese Anlage, soweit sie nicht auf privatrechtlichen Titeln beruhen, binnen 14 Tagen vom Erscheinen dieser Bekanntmachung an gerechnet, bei uns anzubringen.

Lichtenstein, am 30. November 1911.

Der Stadtrat.

## Das Wichtigste

- \* Kultusminister Dr. Beck teilte gestern in der Preussischen sächsischen Kammer mit, daß der Entwurf des Volksschulgesetzes dem Landtage spätestens Mitte Januar zu gehen werde.
- \* Der Reichstag erledigte gestern die zweite Lesung des Hausarbeitsgesetzes.
- \* Die englische Regierung hat zu dem deutsch-englischen Marokko-Abkommen ihre Zustimmung erklärt.
- \* Ein deutsches Detachement von 200 Mann ist von Tsingtau nach Tientsin entsandt worden, um die Stadt zu sichern, falls die Europäer Feling verlassen müssen.
- \* Das kolonialwirtschaftliche Komitee hat beschloffen, Vorarbeiten für die Einrichtung einer deutschen Motorfliegerei in Neu-Kamerun einzuleiten.
- \* Im österreichischen Abgeordnetenhause haben die Tschechen einen Skandal provoziert, der schließlich in eine Mauseerei ausartete.
- \* Der Lieger Mosca aus Triest ist gestern bei Wiener-Neustadt tödlich verunglückt.
- \* Der chinesische Aufstand hat sich auf die Mandchurie und Indochina ausgedehnt. In Nünanju sollen der französische Missionar Cassinet und acht Christen getötet worden sein. Bei Kanton wurden die kaiserlichen Truppen geschlagen.
- \* Der russische Gesandte in Peking ist plötzlich abberufen worden.
- \* In Persien nimmt die Zusammenziehung russischer Truppen ihren Fortgang.

## Aus dem sächsischen Landtage.

Am Mittwoch setzte die zweite Kammer die erste Lesung des Etats fort. Der erste Redner war der freisinnige Abg. Günther, der in mehr als zweistündigen Darlegungen, einen förmlichen Berg von Manuskripten vor sich, an diesem und jenem etwas aufzuheben hatte. Er besprach auch noch das Schiffahrtsabgabengesetz, das Reichvereinsgesetz usw. und teilte recht nette Lebenswürdigkeiten an die Sozialdemokratie ras. Dann kamen die Minister auf den Plan, um zu den verschiedentlich geäußerten Wünschen Stellung zu nehmen. Staatsminister Graf Bismarck v. Siedt erklärte gegenüber einem vorliegenden Antrage, daß die Regierung es ablehne, eine Abänderung des Wahlrechts vorzunehmen. Weiter erklärte der Minister auf eine Anfrage des Abg. Fleißner, daß er über die Beschlüsse des Bundesrates in Sachen des Wahlrechts für Elsaß-Lothringen angesichts des vertraulichen Charakters jener Beratungen keine Mitteilungen machen könne. Dem Abgeordneten Heitner gegenüber betonte der Minister, daß die Regierung ihre Beamten in politischer Hinsicht nicht beeinflussen, dann erklärte der Minister, daß das Verbot von Zusammenkünften zu Wahlzwecken künftig aufgehoben werden solle, und verbreitete sich eingehend über das Straßenbauwesen, wobei er die Schaffung eines neuen allgemeinen Weggesetzes in Aussicht stellte.

Justizminister Dr. v. Otto gab ebenfalls eine Reihe Aufklärungen und Auskünfte und teilte u. a. mit, daß tatsächlich ein Dresdner Schöffengericht den Grundbesitz aufgegeben habe; ein Angeklagter sitze in demselben Verhältnis zum Richter wie der gewöhnliche Soldat zum Offizier. Das Justizministerium habe sofort dieser Meinungsäußerung gegenüber den betreffenden Richter auf seine durchaus gegensätzliche Auffassung aufmerksam gemacht; also mit anderen Worten: es hat eine gehörige Nase gestekt. Und mit Recht! Die angeblichen Klassen-

justizurteile, die Abgeordneter Fleißner zur Sprache gebracht hatte, beleuchtete der Minister auf Grund der ihm vorliegenden Verhandlungsniederschriften und meinte, daß der Abgeordnete sich durch eine einseitige Berichterstattung habe beeinflussen lassen.

Auch Kultusminister Dr. Beck hatte eine Anzahl Anfragen und Anregungen zu beantworten. Dabei erklärte er u. a., daß das Kultusministerium mit Anspannung aller Kräfte an der Fertigstellung des Volksschulgesetzes arbeite, und daß die Regierung die feste Hoffnung hege, das Gesetz mit diesem Landtage zur Verabschiedung zu bringen. Bezüglich der Frage der Lehrer maßregelungen erklärte der Minister, daß es sich nicht um Disziplinierungen gehandelt hätte, sondern um die Erteilung eines ersten Hinweises auf den Dienst und die Stellung des Lehrers. Daß eine Beeinträchtigung der staatsbürgerlichen Rechte der Lehrer beabsichtigt sei, müsse er widerprechen. Zum Schluß beschäftigte der Minister sich mit den gewerblichen Fortbildungs- und Fachschulen und wies auf das wachsende „wissenschaftliche Proletariat“ hin, demgegenüber die Bedeutung des Mittelstandes zu betonen sei.

Nach diesen Ministerreden wurde in der Etatsdebatte fortgefahren. Hieran nahm Finanzminister v. Zander das Wort, um als Hauptverteidiger des Etats nun auch seinerseits auf Anregungen, Wünsche und Forderungen zu antworten. Der Etat könne, was er nochmals feststellte, keine weiteren Belastungen ertragen, Eingehend verweilte der Minister bei der Darstellung der veränderten Haltung der Regierung zu den Schiffahrtsabgaben und sprach sich dann gegen die Austräge auf Beseitigung der untersten Steuerstufen aus, die auch deshalb wohl kaum von den Antragstellern aufrecht erhalten werden würden, weil nach den entsprechenden Bestimmungen den von den Steuern Befreiten auch kein Wahlrecht zustehe. Auch auf die üblichen Wünsche ging der Minister mit großer Ausführlichkeit ein. Als dann noch drei Abgeordnete gesprochen hatten, wurde nach achtinhalbstündiger Beratung die Vertagung der Etatsdebatte auf Donnerstag verfügt.

## Deutsches Reich.

**Dresden.** (Der sächsische Landtag) wird sich vom 15. Dezember bis zum 16. Januar vertagen. Die üblichen Weihnachtsferien werden diesmal also in Rücksicht auf die Vorbereitungen zur Reichstagswahl erheblich länger als sonst ausgedehnt. Die Deputationen werden in der Zwischenzeit aber wiederholt zusammenzutreten, um für die spätere Plenarverhandlung vorzubereiten.

**Berlin.** (Der Kaiser und Direktor v. Gwinner.) Direktor v. Gwinner von der Deutschen Bank wird auf Wunsch des Kaisers demnächst einen Vortrag über die Bagdadbahn halten, und zwar voraussichtlich bald nach der Ankunft des Kaisers, also nach dem 8. Dezember. Der Vortrag soll im Herrnhause stattfinden; es ergehen dazu besondere Einladungen.

(Dr. Solf — Staatssekretär des Kolonialamtes?) Wie eine parlamentarische Korrespondenz meldet, habe sich Gouverneur Dr. Solf bereit erklärt, die Geschäfte des Kolonialamtes, die er zurzeit provisorisch verwaltet, definitiv zu übernehmen. Die Ernennung werde demnächst erfolgen.

(Die politische Lage zwischen Deutschland und England) ist durch die Rede Sir Edward Greys nicht geändert und keineswegs klar geworden. Eine solche Änderung aber war die Voraussetzung für die erwartete neue große Rede des Reichstanzlers im Reichstage. Da diese Voraussetzung fortfällt, ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß Herr von Bethmann-Hollweg vor

den jetzigen Reichstage nicht mehr über die auswärtige Politik sprechen, sondern diese Aufgabe Herrn von Rüdern-Wächter überlassen wird.

(Englisches „Wohlfühlen“.) „Daily-Telegraph“ hebt die Aeußerung des Staatssekretärs Grey hervor, daß England einer deutschen Expansion in Afrika keinen Widerstand entgegenzusetzen würde, wenn sie unter den friedlichen Voraussetzungen des Austausches oder Kaufes geschehen kann. Wenn durch eine geschäftsmäßige Transaktion großen Stiles eine Million Quadratkilometer dem Deutschen Reich hinzugefügt werden könnte, würde England ein wohlwollender Zuschauer sein und könnte die Expansion Deutschlands erleichtern. Das Blatt unterschreibt Bonar Law's Wort, daß keine Partei oder Gruppe in England Deutschland den Platz in der Sonne mißgönne, und erklärt ferner: Wir sind nicht die Schiedsrichter der Welt, maßten uns kein unvorrätliches Betrecht an und könnten es nicht ausüben. Wir können es nicht oft genug wiederholen, daß es ein völliger Irrtum ist, zu glauben, daß England auf jedem Punkte der Erdkarte Deutschland im Wege stehe, wo irgend ein bestimmter Plan zur Expansion von Mächten konkretisiert werde. Wir glauben, daß die Bedeutung jenes Teiles der Rede Greys immer mehr erkannt werden wird. Hinter allen Problemen steht die Flottenfrage, und wenn hierüber neue Verbitterung entsteht, würde dies natürlich alles schädlich beeinflussen. Das Blatt glaubt, daß die internationale Atmosphäre durch die Rede Greys besser, nicht schlimmer geworden ist, und meint: Augenblicklich sind noch einige Wolken, aber wir glauben, daß sie vorüberziehen werden und der Himmel klar werden wird. — Hoffen und Gatten . . . !

## Aus Nah und Fern.

Lichtenstein, 30. November 1911.

\* **Am 30. November.** Der Andreasabend und die Andreasmacht sind von geheimnisvollem Zauber umhoben. Der heilige Andreas wird besonders von den Liebenden angerufen, darum ist der heutige Tag auch vor allem ein Tag der Liebesorakel. Die Mädchen werfen den Saub rückwärts über den Kopf, zeigt dann die Spitze nach der Tür, so verläßt das Mädchen bald als Braut das Haus. Im Schwaben- und im Paganen bilden die Mädchen um einen Gänserich, dem man die Augen verbunden hat, einen Kreis. Das Mädchen, dem sich der Gänserich zuerst zuwendet, soll die größte Aussicht haben, zu heiraten. Anderswo gießt man flüssiges Blei in Schüsselform mit kaltem Wasser, um aus den Gebilden, die sich dann ergeben, auf die Zukunft zu schließen. In einzelnen Gegenden begeben sich die Mädchen des Nachts schweigend an ein entlegenes Gewässer, um dort im Wasser das Bild der Liebsten zu erblicken. In Schlesien gehen die Mädchen, wenn vom Kirchturn die zwölf Glockenläute hallen, rückwärts auf ihr Bett zu und bitten den heiligen Andreas, ihnen den zukünftigen Ehegatten im Traume zu zeigen. In einzelnen Bezirken Ober-Oberlands bewirten die Bauern am Andreasabend ihre Dienstmädchen und spenden den Mädchen Garn, das sie an diesem Abend spinnen. Solche Bräuche verschwinden jedoch immer mehr. Wo des Scherzes halber bei unserer modernen Jugend noch Fragen an die Zukunft gestellt werden, bilden der Zukunft nicht mehr das einzig Ersuchte, sondern in die Fragen über Liebe und Heirat klingen andere Fragen: „Wie werde ich mein Examen bestehen? Werde ich Anstellung finden, viel Geld verdienen, zu Amt und Würden gelangen?“

\* **Ein ereignisreicher November** liegt hinter uns. Die stürmischen Reichstagsdebatten über Ma-